Heute „Haus Hof Garten"

Morgen-Ausgabe

Einzelnummer 2 M.

Erscheint wöchentl. zweimal. Illustr. Gratis-Wochenschriften: Sonntags „Der Weltspiegel", Dienstags „Modenspiegel", Mittwochs „Technische Rundschau", Donnerstags „Sportspiegel", Freitags Bildblatt „ULK", Sonnabends „Haus Hof Garten". Man abonniert bei allen Postanstalt. Deutschlands, Deutsch-Oesterreichs, d. tschechoslowak. Staates, Ungarns, d. Schweiz, Luxemburgs, Belgiens, Frankreichs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Finnlands, Lettlands, Estlands; f. alle übrig. Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch d. Exp. d. Bl. mögl. Bezugspreis: Durch d. Post monatl. 60.— M. einschl. Zustellung, Ausland ausschl. Postaufschlag; für Berlin u. Vororte monatl. 65.— M. bei täglich zweimal. Zustellung ins Haus. Im Falle höh. Gewalt od. Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung d. entsprechend. Entgelts. In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Str. 46—49 u. d. Filialen. (Fernspr.: Zentr.: 10131—10144, f. d. Fernwert. 14297—14298.) Tel.-Adr.: „Berlidia", Berlin. — Rudolf Mosse-Code. Insertionspreis: Die 19gespalt. Zeile 35.— M., Stellen-Gesuche u. Familien-Anzeigen 28.— M. Nachrufe nach übl. Tarif. Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmten Stellen wird nicht gewährleistet.
Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inserten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Str. 46/49. Filialen: Leipziger Str. 103; Potsdamer Str. 38; Zimmerstr. 99; Königstr. 56/57; Rosenthaler Str. 48; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz; Köpenick. Str. 67/68; Nathenow. Str. 3; Turmstr. 61; Schiffbauerdamm 4; Kochhannstr. 9; Gr. Frankf. Str. 101; Frankf. Allee 296 u. 546; Wilhelmstr. 69; Fidicinstr. 9; Wiener Str. 1/6; Greifswalder Str. 197; Fennstr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Rheinsberger Str. 79; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2; Kantstr. 84; Scharrenstr. 89; Nürnberger Str. 25/26; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunen.: Hannriettenpl.; Lichtenbg.: Frankf. Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Kaiser-Friedrich-Str. 247/48; Pankow: Wollanstr. 1/2; Schulstr. 28; Schmargendorf: Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 150; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krüllsstr. 7; Weißensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserpl. 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Breslau, Schweidnitzer Str. 21/22; Cöpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschönweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradepl. 8.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 293

Sonnabend, 24. Juni 1922
51. Jahrgang

Englands Geldforderungen an Frankreich.

Die Erklärungen Lloyd Georges über die Alliiertenschulden.

Französische Mißstimmung über den englischen Standpunkt.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L. Paris, 23. Juni.

Im Unterhause hat gestern Mr. Wedgewood an Lloyd George die Frage gerichtet, ob die französische Regierung versucht habe, über die Annullierung der Kriegsschulden Frankreichs gegen England zu verhandeln. Die Antwort Lloyd Georges gibt der französischen Presse Gelegenheit zu Betrachtungen, die auch für Deutschland Interesse haben. Lloyd George hat erwidert, daß über die Regelung der alliierten Kriegsschulden in der letzten Unterhaltung der Premierminister zwar gesprochen worden sei, daß aber Poincaré nicht den Wunsch geäußert habe, die französischen Schulden mögen annulliert werden. Lloyd George hat an diese Feststellung einige Bemerkungen allgemeiner Natur geknüpft, deren Sinn sich dahin zusammenfassen läßt, daß England nicht in der Lage sei, auf die Einforderung seiner Guthaben zu verzichten, solange es selbst seine Kriegsschulden zahlen müsse, und daß es sich deshalb vorbehalte, vom Herbst dieses Jahres an die Zinsen der geliehenen Summe zurückzuverlangen. Diese Erklärung deckt sich mit den Worten über das gleiche Thema, die Lloyd George am 31. Mai gesprochen hat, und ebenso mit der englischen Note aus dem Monat April dieses Jahres. Die französischen Zeitungen finden jedoch die Wiederholung bemerkenswert, da sie unmittelbar nach dem Besuche Poincarés in London erfolgt ist. Aus diesem Grunde wird der Zweck und der Sinn der neuen Ankündigung mit besonderer Sorgfalt unterfucht. Die französische Regierung schuldet der englischen an Kapital und Zinsen in runden Ziffern 580 Millionen Pfund Sterling. Weder das Kapital noch die Zinsen der Kriegsjahre sind eher fällig, als drei Jahre nach der vollen Herstellung des Friedens. Wohl aber können die laufenden Zinsen verlangt werden, die bei der Höhe des Betrages eine große Summe ausmachen und bei der jetzigen Finanzlage Frankreichs unmöglich gezahlt werden können. Diese Unmöglichkeit kennt Lloyd George genau, und, da nicht anzunehmen ist, daß er Frankreich mit dieser Forderung drohen wollte, ergibt sich die Frage, was er mit der doppelten Ankündigung bezweckt hat. Zwei Möglichkeiten werden erwogen: entweder gelte die Ankündigung nicht Frankreich, sondern den Vereinigten Staaten, denen der Leiter der englischen Politik auf diese Weise nahelegen wollte, ihre Forderungen zu streichen, oder Lloyd George wolle sich ein Druckmittel gegen Frankreich sichern, um bei Gelegenheit seinen Willen in anderen politischen Fragen durchzusetzen. Diese letzte Eventualität wird zwar bei der Freundschaft zwischen England und Frankreich offiziell nicht für diskutierbar gehalten, aber als „theoretisches Problem" dennoch erörtert. Der „Temps" erinnert daran, daß England am 15. April der Sowjetregierung einen beträchtlichen Erlaß seiner Forderungen zugesagt, und auf dieses Versprechen in dem Memorandum vom 10. Juni ausdrücklich Bezug genommen hat. Die englische Regierung wolle also trotz der von Lloyd George erwähnten prekären Lage den Sowjetleuten ein Entgegenkommen erweisen, daß sie dem französischen Verbündeten gegenüber für unmöglich erklärt. Eine derartige Unterscheidung sei unerklärlich, besonders wenn sie zu „anderen rätselhaften Unterscheidungen" ähnlicher Art in Beziehung gebracht werde. Daß Frankreich erst zahlen könne, wenn es von Deutschland Zahlungen erhalten habe, wisse Lloyd George. Dennoch protestiere England, wenn Frankreich seine Forderungen eintreiben wolle. England lasse den Bündesgenossen daran erinnern, daß es Geld von ihm zu fordern habe, und niemand mache ihm einen Vorwurf daraus. Wenn aber Frankreich eine Erinnerung gleicher Art (?) laut werden lasse, werde sogleich darauf aufmerksam gemacht, daß es sich nach der Reparationskommission zu richten habe, in der Frankreich nur eine Stimme gegen vier besitze. Aber auch eine direkte Verständigung Frankreichs mit Deutschland werde nicht geduldet. Als die Wiesbadener Verträge geschlossen wurden, sei England sehr peinlich berührt gewesen. Diese Lage könne nach französischer Auffassung nicht fortdauern. Entweder müßten alle Kriegsschulden der Verbündeten sogleich in einer gemeinsamen Beratung aller Beteiligten geregelt werden, dann dürfe bis zu dieser Beratung kein Verbündeter dem andern einseitig mit der Eintreibung seiner Forderungen drohen. Oder jeder Kriegsgläubiger habe die Freiheit, sich mit seinem Kriegsschuldner allein und nach seinem Willen auseinanderzusetzen. Dann müsse auch Frankreich die Freiheit erhalten, mit Deutschland direkt ein Arrangement zu treffen. So ist die Auffassung der Presse und, wie mit einigem Grund vermutet werden darf, auch der Regierung Frankreichs über die Erklärung Lloyd Georges. Die englische Antwort auf diese Deduktion wird wahrscheinlich sein, daß die Haltung Lloyd Georges dem Vertrag von Versailles nicht widerspricht, während die französische These sich gegen die Vollmacht der Reparationskommission richtet, die im Vertrage von Versailles geschaffen und gerade von Poincaré mit Nachdruck unterstützt werde.

Paris, 23. Juni. (W. T. B.)

Der Washingtoner Berichterstatter der „Chicago Tribune" meldet, das ständige Zögern der alliierten Regierungen, in Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten bezüglich der Schuldenfrage einzutreten, verursache den offiziellen amerikanischen Persönlichkeiten großes Unbehagen, wenn sie auch ein diplomatisches Stillschweigen beobachten. Bisher habe keiner der Schuldnerstaaten eine Kommission nach Washington gesandt, um mit der für diese Frage geschaffenen amerikanischen Kommission zu beraten, obwohl bereits über zwei Monate vergangen seien, seitdem Staatssekretär Hughes die Einladungen abgesandt habe. Die amerikanische Kommission warte geduldig auf die Ankunft der ausländischen Sachverständigen. Ursprünglich sei mitgeteilt worden, die Engländer würden die Verhandlungen Mitte April beginnen, bald darauf aber habe man erklärt, die britischen Finanzsachverständigen seien durch die Genueser Konferenz in Anspruch genommen. Nach Abschluß der Genueser Konferenz habe die amerikanische Regierung geglaubt, die britische und die französische Delegation würden nunmehr unverzüglich nach Amerika kommen, aber jetzt habe die Haager Konferenz begonnen und sie könne viele Wochen dauern. Eine Behandlung der Frage durch diplomatische Kanäle würde die amerikanische Kommission nicht befriedigen, die gebildet wurde, um mit ähnlichen Kommissionen der Schuldnerstaaten zu verhandeln. Außer in der Frage der Kriegsschulden habe die amerikanische Regierung auch in der Frage der Besetzungskosten einen Beweis ihrer Geduld gegeben. Die Berechtigung der amerikanischen Forderung sei anerkannt worden, wann dieses Geld aber gezahlt werden würde, das wisse niemand. In der Depesche heißt es zum Schluß, wenn die amerikanische Regierung sich auch gern voll bezahlt sähe, so sei sich das Staatsdepartement doch klar über die Verwirrung in den europäischen Angelegenheiten und werde nichts unternehmen, was Schwierigkeiten veranlassen könnte.

Die Ermordung des Marschalls Wilson und der irische Ausgleich.

Ein Schlag für Lloyd Georges Politik.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Haag, 23. Juni.

Ueber die Ermordung des Marschalls Wilson findet sich in einem Artikel des „Daily Telegraph" folgender Satz: „Solch eine politische Tat ist in London seit Jahrhunderten nicht geschehen. Die Annalen Irlands sind unglücklicherweise mit zu viel Beispielen befleckt, als daß man sie aufzählen könnte, und die Mörder Wilsons waren auch Iren." Dieser Satz gibt wieder, was in diesem Augenblick vom konservativen England empfunden wird, und was man sonst in den konservativen Zeitungen liest, zeigt, daß der Mord an dem Feldmarschall seine politischen Folgen haben wird. Die tiefe Betroffenheit der Kabinettsmitglieder, die bei Bekanntwerden der Nachricht im Unterhause beobachtet wurde, hat nicht nur ihre menschlichen Gründe. Die Wahlen zur konstituierenden Versammlung des irischen Freistaats haben eine überwiegende Mehrheit für die zwischen London und Dublin vereinbarte Verfassung ergeben. Daher war in England und sicherlich auch in einem großen Teile Irlands die Hoffnung allgemein, daß nun eine bessere Zeit beginnen würde. Es war nur unsicher, welche Haltung die unversöhnliche Minderheit der Sinnfeiner unter de Valera einnehmen würde. Diese Zweifel sind nun durch den Mord in schrecklicher Weise beseitigt. Das Sturmzentrum ist nur verlegt. Der Kampf gegen die englische Herrschaft ist für das katholische Irland erfolgreich beendet und geht jetzt um Ulster, das seine Selbständigkeit gegen die Sinnfeiner behaupten will. Der Kampf wird von beiden Seiten mit Gewaltmitteln geführt. Wilson, der in Ulster geboren ist, war schon vor dem Kriege ein Anhänger der Gewaltpolitik Sir Edward Carsons und sein Einfluß hat mitgewirkt, daß die Gegensätze in Ulster zu ihrer jetzigen unerträglichen Höhe getrieben wurden. Er war der Typ des „politischen" Generals. Auf der Gegenseite sind Teile der „irischen republikanischen Armee" in den Händen der Extremen, und in diesem Lager werden jetzt die Methoden fortgesetzt, die sich im Kampfe gegen England, man kann es nicht anders sagen: „bewährt haben." Dieser Flügel setzt seinen Kampf gegen England in Ulster fort, und zwar in verschärftem Maße. Die neueste Entwicklung stellt die Unterstützung in Frage, die der unionistische Teil der Koalition der Politik Lloyd Georges in Irland, nicht ohne Widerstreben, lieh. Die Ermordung Wilsons hat daher auch internationale Bedeutung. Es hat sich immer wieder erwiesen, daß die Bewegungsfreiheit der auswärtigen Politik Englands stark vom jeweiligen Stand der irischen Angelegenheiten beeinflußt wird. Die französische Politik richtet dauernd ihre Aufmerksamkeit darauf, wie weit Irland die Hände Englands freiläßt und richtet danach ihre Schritte ein. Die Folgen der Ermordung Wilsons werden sich bald zeigen und verdienen sicherlich die allgemeine Aufmerksamkeit.

Eine stürmische Reichstagssitzung.

Helfferichs Katastrophenpolitik. — Erklärungen des Reichsfinanzministers. — Schluß der Interpellationsdebatte. — Annahme der Sachlieferungsabkommen.

Von

Erich Dombrowski.

Gestern, am dritten Tage, schlug die große politische Aussprache ein lebhafteres Tempo an. Die Geister prallten aufeinander. Es gab Szenen, da der Redner minutenlang nicht weitersprechen konnte, da der Präsident des Hauses dem aufgeregten Stimmengewirr gegenüber machtlos war, da die Zurufe von einer Partei zur andern wie ein Regen von Pfeilen auf die Angegriffenen niedergingen. Als Xerxes sein Riesenheer gegen die kleine Schar der Griechen bei Thermopylä vorschickte, verdunkelte die Menge der Geschosse die Sonne. Hier, im Reichstage, verdunkelten sich bei dem wiederholten hitzigen Gefecht der Zwischenrufe die Gemüter bedenklich. Den Anlaß zu den wenig erfreulichen Vorgängen gab, wie so oft schon, Dr. Helfferich. Bereits gestern hatte er verbreiten lassen, daß er die heftigste Rede gegen die Regierung halten werde, die je aus seinem Munde gekommen sei. Diese Voraussage machte er wahr. Vor innerer Aufregung zitternd, betrat er die Tribüne. Scharf und schneidend kam jeder Satz heraus. Einer immer giftiger als der andere. Ein politischer Neurastheniker, den man nachgerade nicht mehr ernst nehmen sollte. Der demokratische Abgeordnete Dr. Korell verglich ihn mit einem verstiegenen Expressionisten oder Dadaisten und hatte damit so unrecht nicht. Wenn die Kommunisten einen Redner wie ein wildgewordenes Füllen auf das Haus loslassen, verlassen die sämtlichen Parteien fast regelmäßig den Saal und lassen ihn einen Monolog halten. Der Kommunist Stöcker sprach auch gestern wieder vor ganzen sechs Mann. Seine eigene Fraktion hatte sich vor seinen Tiraden im Restaurant, im Nebensaal oder sonstwo in Sicherheit gebracht. Warum verfolgen die Parteien nicht gegenüber dem Katastrophenpolitiker Helfferich dieselbe Taktik? Warum verleihen sie seinem herausfordernden und demagogischen Auftreten, das durch die blendendsten Lichtreflexe einer raffinierten Bühnenregie unterstützt wird, durch ihre Anwesenheit und durch ein lebhaftes Echo ein Relief, das sachlich in keiner Weise begründet ist? Vielleicht würde eine Abstinenzpolitik diesem Abgeordneten gegenüber erzieherisch wirken. Vielleicht ist so noch am ersten seine politische Gelbsucht, die nicht zum wenigsten gekränktem Ehrgeiz entspringt, zu kurieren.

Manches, was er über die Not der Rheinlande und des Saargebietes, manches, was er über die unerträglichen Besatzungskosten sagte, war zutreffend. Aber alles war in der Form so zügellos und mit so viel völlig unberechtigten Angriffen gegen die Republik, gegen die Regierung und gegen die Koalitionsparteien gespickt und von so viel Schimpfworten unterbrochen, daß die übergroße Mehrheit der Abgeordneten in eine steigende Erregung geriet. Das Parlament wurde zeitweise zum Tummelplatz wildester Leidenschaften. Zahlreiche Mitglieder des Hauses hatten sich um das Rednerpult geschart. Die Stampfer, Wels und Hermann Müller von der Sozialdemokratie sprangen, auf Angriffe erwidernd, mehrmals von ihren Plätzen auf. Die äußerste Linke war überhaupt nicht mehr zu bändigen. „Der Kerl ist wohl verrückt?" rief einer aus dieser Ecke. Crispien von den Unabhängigen schrie entrüstet: „Das ist ja die reine Hetzrede", und Adolf Hoffmann führte eine seiner üblichen Harlekinaden auf, als er, mit den Händen herumfuchtelnd, die Stufen auf die Rednertribüne hinaufeilte und, wie es den Anschein hatte, Dr. Helfferich an den Kragen wollte. Der machte rasch eine einladende Handbewegung und erklärte: „Kommen Sie nur näher." Die Kommunisten hallten die Hände. Kurz, man glaubte in einem Tollhause zu sein. Helfferich verlangte einen Bruch mit der bisherigen Erfüllungspolitik, wollte die Regierung, die ohne Einverständnis des Reichstages in der Frage der Finanzkontrolle wesentliche Bestandteile der deutschen Souveränität veräußere, vor den Staatsgerichtshof zitiert wissen und warf ihr vor, durch eine falsche Uebersetzung der mit der Reparationskommission gewechselten Noten das deutsche Volk getäuscht zu haben. Als er sich in eine immer größere Wut geredet hatte und schließlich betonte: „Nun ist es genug und übergenug, die Grenze ist überschritten", warf die Linke ein: „Jetzt aufgepaßt, jetzt kommts!" Alles lachte. Aber Herr Helfferich blieb die Antwort, wie er sich denn die deutsche Außen- und Finanzpolitik denke, schuldig. Als er geschlossen hatte, raste die Rechte vor Beifall, seine Freunde schüttelten ihm die Hand, und auf den Tribünen wurde geklatscht. Gleichzeitig aber setzte in der Mitte und auf der Linken des Parketts ein Gegensturm ein. Ironisch rief man Hurra. Das Spektakelstück war zu Ende.

Die Regierung war von Dr. Helfferich mehrfach apostrophiert worden. Würde sie antworten? Der Reichskanzler folgte mit gleichmütigem Lächeln dem Gang der Verhandlungen. Ab und zu tauchten neben ihm die Minister Rathenau, Köster und Hermes auf und verschwanden dann wieder. Lange war es ungewiß, ob der Kanzler selbst das Wort ergreifen würde. Er verzichtete zuguterletzt und überließ dem Reichsfinanzminister das Feld. Dr. Hermes hatte die Pariser Ver-